



**Stadt Kamen**

**Niederschrift**

# Rat

über die  
4. Sitzung des Rates  
am Donnerstag, dem 18.09.2014  
in der Kamener Stadthalle

Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 18:10 Uhr

Anwesend

Bürgermeister

Herr Hermann Hupe

SPD

Herr Thomas Blaschke  
Frau Britta Dreher  
Herr Joachim Eckardt  
Herr Hans-Dieter Heidenreich  
Herr Daniel Heidler  
Frau Kerstin Heidler  
Herr Peter Holtmann  
Frau Renate Jung  
Herr Klaus Kasperidus  
Frau Christiane Klanke  
Herr Michael Krause  
Herr Gökçen Kuru  
Herr Friedhelm Lipinski  
Frau Annette Mann  
Herr Ulrich Marc  
Frau Ursula Müller  
Herr Silvester Runde  
Frau Lana Schnack  
Herr Theodor Wältermann  
Herr Manfred Wiedemann  
Frau Nicola Zühlke

CDU

Herr Karsten Diederichs-Späh  
Herr Dirk Ebbinghaus  
Herr Rainer Fuhrmann  
Frau Rosemarie Gerdes  
Herr Ralf Langner  
Frau Susanne Middendorf

Frau Ina Scharrenbach  
Herr Dietmar Wünnemann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
Frau Anke Dörlemann  
Herr Stefan Helmken  
Herr Adrian Mork

DIE LINKE / GAL  
Herr Gunther Heuchel  
Herr Klaus-Dieter Grosch

FW/FDP  
Frau Heike Schaumann  
Herr Helmut Stalz

Ortsvorsteher  
Herr Heinz Henning  
Herr Ulrich Klein  
Herr Hans-Jürgen Senne

Verwaltung  
Herr Reiner Brüggemann  
Frau Julia Freundl  
Herr Christian Frieling  
Herr Uwe Liedtke  
Herr Jörg Mösgen  
Frau Ingelore Peppmeier  
Herr Ralf Tost

Personalrat  
Herr Alfred T. Supper

Gäste  
Herr Andreas Schlüter

Entschuldigt fehlten  
Herr Ralf Eisenhardt  
Frau Petra Hartig  
Herr Wilhelm Kemna  
Frau Bettina Werning

Der Bürgermeister, Herr **Hupe**, begrüßte die Ratsmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste vom Klinikum Westfalen und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

**A. Öffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Wahl eines beratenden Mitgliedes gem. § 4 Abs. 3 Buchstabe j der Satzung für das Jugendamt hier: Nachbenennung der Diakonie Ruhr-Hellweg	090/2014
3	Berufung von beratenden Mitgliedern für den Schul- und Sportausschuss	091/2014
4	Umbesetzung von Ausschüssen	102/2014
5	Abberufung eines Prüfers des Fachbereiches Rechnungsprüfung	108/2014
6	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung hier: Beschaffung eines Radladers im Produkt 54.01.02 - Unterhaltung von Verkehrsflächen -	106/2014
7	Genehmigung von überplanmäßigem Aufwand bei der Buchungsstelle 31.03.02.533800 - Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz -	110/2014
8	Straßenbaumaßnahme „Germaniastraße“ hier: Genehmigung einer überplanmäßigen investiven Mehrausgabe im Produkt 54.01.01	111/2014
9	Übernahme des Krankenhausbetriebes des evangelischen Krankenhauses Lütgendortmund der Stiftung Volmarstein durch die Klinikum Westfalen GmbH	112/2014
10	Feststellung Jahresabschluss 2013	088/2014
11	Jahresabschluss der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH zum 31.12.2013	082/2014
12	Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2013	083/2014
13	Jahresabschluss der TECHNOPARK KAMEN GmbH zum 31.12.2013	104/2014
14	Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der TECHNOPARK KAMEN GmbH für das Geschäftsjahr 2013	105/2014
15	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

## B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

## A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Einwohnerfragen gestellt.

Zu TOP 2.  
090/2014

Wahl eines beratenden Mitgliedes gem. § 4 Abs. 3 Buchstabe j der Satzung für das Jugendamt  
hier: Nachbenennung der Diakonie Ruhr-Hellweg

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Kamen wählt als beratendes Mitglied gem. § 4 Abs. 3 Buchstabe j der Satzung für das Jugendamt

Diakonie Ruhr-Hellweg

Mitglied

Frau Christina Fiegler

stv. Mitglied

N.N.

in den Jugendhilfeausschuss.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 3.  
091/2014

Berufung von beratenden Mitgliedern für den Schul- und Sportausschuss

**Beschluss:**

Der Rat beruft für die Dauer seiner Wahlzeit als ständige Mitglieder mit beratender Stimme in den Schul- und Sportausschuss:

ordentliches beratendes Mitglied

stellv. beratendes Mitglied

Ev. Kirche

Pfarrer Hans-Martin Böcker

Pfarrer Jochen Voigt

Kath. Kirche

N.N.

N.N.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 4.  
102/2014

Umbesetzung von Ausschüssen

**Beschluss:**

Der Rat beschließt folgende Umbesetzung:

Behindertenbeirat

**AWO Unterbezirk Unna**

ordentliches Mitglied:

stellvertretendes Mitglied

bisher:

Herr Jörg Theis

N.N.

neu:

Frau Ulrike Skodd

Herr Jan Kalthoff

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 5.  
108/2014

Abberufung eines Prüfers des Fachbereiches Rechnungsprüfung

**Beschluss:**

Herr Axel Sandorf wird mit Ablauf des 30.09.2014 von seinen Aufgaben als Prüfer des Fachbereiches Rechnungsprüfung entbunden.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 6.  
106/2014

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung  
hier: Beschaffung eines Radladers im Produkt 54.01.02 - Unterhaltung von Verkehrsflächen -

**Beschluss:**

Die nachfolgende, entsprechend § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW getroffene Dringlichkeitsentscheidung wird entsprechend § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NRW genehmigt:

Im Produkt 54.01.02 - Unterhaltung von Verkehrsflächen - werden investiv zusätzlich 60.886,35 Euro bereitgestellt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 7.  
110/2014

Genehmigung von überplanmäßigem Aufwand bei der Buchungsstelle 31.03.02.533800  
- Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz -

Herr **Mösgen** berichtete über die aktuelle Entwicklung zur ehemaligen Polizeikaserne an der Dortmunder Allee. Es handele sich hier nach Aussage des Landes um einen temporären Sonderfall. Die Unterbringung von ca. 200 Menschen sei für einen kurzen Zeitraum von 3 - 4 Wochen erforderlich. Das vorgesehene Gebäude sei in einem guten Zustand und wäre in 1-2 Wochen bewohnbar. Er betonte, dass die Veräußerungsabsicht des Gebäudes nicht davon berührt werde.

Herr Mösgen erläuterte kurz die Beschlussvorlage und führte dazu aus, dass die Flüchtlingszahl innerhalb von einem Jahr um 60 % angestiegen sei. Die größte Bevölkerungsgruppe in der Asylunterkunft Mausegatt sei die Gruppe der Serben. Er versicherte, dass die Verhältnisse im Mausegatt weiterhin menschenwürdig bleiben und die Kapazität der Unterbringung nicht ausgereizt werde.

Herr **Krause** sprach sich aus humanitären Gründen für eine kurzfristige Unterbringung der Flüchtlinge in der ehemaligen Polizeikaserne aus.

Frau **Scharrenbach** dankte Herrn Mösgen für die kurze Berichterstattung. Sie betonte, dass es bei 200 Menschen keine alternative Möglichkeit der Unterbringung gäbe. Sie fragte, ob es für die Menschen ein begleitendes Unterstützungskonzept geben werde. Da bis Ende des Jahres noch 45.000 Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen erwartet werden, zweifelte Frau Scharrenbach an der Zusage der Bezirksregierung, dass es sich hier um eine kurzfristige Unterbringung handele.

Herr **Mösgen** erläuterte kurz das Verfahren. Die ankommenden Flüchtlinge würden über das gesamte Bundesgebiet verteilt. Diese Verteilung erfolge nach einem Verteilerschlüssel über mehrere Städte. Die 200 Menschen würden nicht in Kamen bleiben, sondern an andere Städte weitergeleitet, die dann die Betreuung und Unterstützung übernähmen. Somit sei ein begleitendes Unterstützungskonzept seitens der Verwaltung nicht erforderlich.

Herr **Grosch** begrüßte die angebotenen städtischen Räumlichkeiten für Flüchtlinge. Er fragte nach, ob zusätzliche Kosten auf die Stadt Kamen zu kämen.

Herr **Mösgen** antwortete, dass durch die Unterbringung in der ehemaligen Polizeikaserne keine zusätzlichen Kosten entstehen werden, da es sich hier um Aufgaben des Landes handele.

Frau **Schaumann** befürwortete eine kurzfristige Unterbringung der Flüchtlinge in der Polizeikaserne. Allerdings äußerte sie Bedenken, dass die Aufenthaltsdauer von 3 – 4 Wochen eingehalten werde. Sie fragte, ob es einen Vertrag gebe, der die Dauer der Unterbringung regelt.

Der **Bürgermeister** antwortete, dass es keinen Vertrag geben werde, da hier das Land seine eigene Liegenschaft nutze. Er führte aus, dass das Land zum einen das Interesse habe, den Asylbewerbern zu helfen und zum anderen die Polizeikaserne zu veräußern. Er bestätigte, dass das Gebotsverfahren fortgesetzt werde.

Frau **Dörlemann** bewertete die ehemalige Polizeikaserne für die Flüchtlinge als nicht geeignet für Wohnzwecke. In Zukunft sei eine andere Gestaltung der Räumlichkeiten wünschenswert.

Der **Bürgermeister** wies drauf hin, dass hier zwei getrennte Prozesse vorlägen. Zum einen die Spitzenlastunterbringung, dies sei eine reine Landesangelegenheit. Zum anderen die städtische Aufgabe, die Asylbewerber adäquat unterzubringen und zu versorgen. Da diese Asylbewerber nicht der Stadt Kamen zugewiesen sein würden, könne eine Aktivität der Stadt nicht zur Debatte stehen.

### **Beschluss:**

Bei der Buchungsstelle 31.03.02.533800 - Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz – wird ein überplanmäßiger Aufwand von 210.000 € zur Verfügung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 8.  
111/2014

Straßenbaumaßnahme „Germaniastraße“  
hier: Genehmigung einer überplanmäßigen investiven Mehrausgabe im  
Produkt 54.01.01

Herr **Diederichs-Späh** fragte nach, wann die Straßenbaumaßnahme  
„Germaniastraße“ endgültig abgeschlossen sei.

Herr **Brüggemann** verwies auf die Antwort von Herrn Neunert im Planungs-  
und Straßenverkehrsausschuss, dass die Baumaßnahme im Wesentlichen  
im Jahr 2014, Restarbeiten und die Schlussabrechnung dann im Frühjahr  
2015 abgeschlossen werden sollen. Dies sei allerdings witterungsabhängig.

Herr **Krause** begrüße ein vorplanmäßiges Ende der Baumaßnahme.

### **Beschluss:**

Im Produkt 54.01.01 – Bau von Verkehrsflächen – wird für die Maßnahme  
Nr. 256 „Germaniastraße“ im Haushaltsjahr 2014 ein Betrag in Höhe von  
1.050.000 € überplanmäßig bereitgestellt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 9.  
112/2014

Übernahme des Krankenhausbetriebes des evangelischen Krankenhauses  
Lütgendortmund der Stiftung Volmarstein durch die Klinikum Westfalen  
GmbH

Herr **Schlüter** bedankte sich für die Einladung. Er referierte anhand einer  
PowerPoint-Präsentation über das Projekt „Edelstein“. Die Evangelische  
Stiftung Volmarstein habe sich Anfang des Jahres entschlossen, sich von  
zwei Krankenhäusern, einer Evangelischen Krankenhaus GmbH in Dort-  
mund, zu trennen. Sie habe ein Bieterverfahren eingeleitet und das  
Klinikum Westfalen sei gebeten worden, ein entsprechendes Angebot  
abzugeben. Es sei nun zu überlegen, ob das Ev. Krankenhaus  
Lütgendortmund und das Ev. Krankenhaus Bethanien für das Westfalen  
Klinikum in Frage kämen.

Herr Schlüter erläuterte einige Schwerpunkte des Klinikum Westfalens, um  
zum einen wettbewerbsfähiger zu sein und zum anderen Kosten einzuspa-  
ren. Zum Beispiel seien die Zentralverwaltung am KnappschaftsKranken-  
haus fertig gestellt, eine Zentralküche errichtet, ein Zentrallabor aufgebaut,  
die Medizintechnik neu strukturiert und das Qualitäts- und Hygiene-  
management zentralisiert worden.

Das Klinikum Westfalen habe eine Struktur aufgebaut, indem in den Zen-  
tren qualitative Medizin der Grundversorgung angeboten werde, plus  
jeweilige Schwerpunkte.

Der überwiegende Schwerpunkt des Ev. Krankenhauses Lütgendortmund  
sei die Psychiatrie. Dieser sei sehr interessant und wichtig für das Klinikum  
Westfalen, da es innerhalb des Knappschaftsverbandes in Deutschland  
keine weitere Psychiatrie gäbe.

Herr Schlüter legte dar, dass einige Problematiken, wie das Thema Erbbau-  
recht auf der Grundstücksfläche des EvK Lütgendortmund, noch nicht  
gelöst seien. Dies könnte ein k.o.-Kriterium für eine mögliche Fusion sein.

Es seien seitens des Klinikums auch weitere Bedingungen herausgearbeitet worden, wie z.B. die Höhe der Gesellschafteranteile, Übernahme von Mitarbeitern, wirtschaftliche Risiken bilanziell einzugrenzen, ein Brandschutzkonzept und eine partielle Beteiligung der Alterskassen.

Nun solle der Rat entscheiden, ob das Klinikum Westfalen ein Angebot unter diesen Auflagen und Bedingungen abgeben solle.

Herr **Krause** dankte Herrn Schlüter für den ausführlichen Vortrag und die nachvollziehbaren Erläuterungen. Für die SPD-Fraktion sei der Schwerpunkt „Psychiatrie“ ein wichtiger Baustein bei dem Zusammenschluss der Kliniken. Die Kennzahlen und die Budgetplanung zeige langfristig einen Mehrwert für den Klinikverbund und somit für die Stadt Kamen. Die SPD-Fraktion werde der Beschlussvorlage in allen Punkten zustimmen.

Für die CDU-Fraktion teilte Frau **Scharrenbach** mit, dass sie der Beschlussvorlage zustimmen werde. Sie dankte Herrn Schlüter für die ausführlichen Erläuterungen. Viele Krankenhäuser seien in Nordrhein-Westfalen im Umbruch und gingen sinnvolle Kooperationen ein, um die medizinische Versorgung zu sichern. Sie hoffe auf eine zielführende Angebotsabgabe.

Herr **Grosch** meinte, dass der Schwerpunkt „Psychiatrie“ inhaltlich gut in den Klinikverbund Westfalen passe. Die Fraktion Die Linke/GAL werde der Beschlussvorlage zustimmen. Er fragte, ob das Klinikum Westfalen einziger Bieter sei, ob die Mitarbeitervertretung mit eingebunden werde und was mit den übrigen Mitarbeitern aus dem EVK Hörde passiere, die nicht übernommen werden sollen.

*Herr Helmken nahm ab 17:40 Uhr an der Ratssitzung teil.*

Herr **Schlüter** antwortete, dass dem Klinikum wichtig sei, dass der Standort in Hörde bestehen bleibe und auch die übrigen Mitarbeiter dort weiterarbeiten können. Wie viele Bieter es gebe, könne er nicht beantworten, da das Klinikum nicht Herr des Verfahrens sei. Die Räte der Stadt Kamen und der Stadt Lünen müssen nun über die Beschlussvorlage beraten und abstimmen. Im November könne eine Mitarbeiterversammlung mit der Mitarbeitervertretung stattfinden.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Kamen stimmt der Übernahme des Krankenhausbetriebes des evangelischen Krankenhauses Lütgendortmund zu und beauftragt die Geschäftsführung im Namen der Gesellschafter folgendes Angebot zu unterbreiten:

- 1a) Einbringung des evangelischen Krankenhauses Lütgendortmund und des damit verbundenen Krankenhausbetriebes in die Klinikum Westfalen GmbH. Die Gesellschafterin Stiftung Volmarstein bekommt dafür 1 % der Anteile der Klinikum Westfalen GmbH.

1b) Gesellschafteranteile werden wie folgt verteilt:

**Klinikum Westfalen GmbH**

**NEU Stiftung Volmarstein**

	<b>DRV-KBS</b>	<b>Stadt Lünen</b>	<b>Stadt Kamen</b>	<b>Stiftung Volmarstein</b>
<b>ALT</b>	59,8 %	20,1 %	20,1 %	/
<b>NEU</b>	59,4 %	19,8 %	19,8 %	1 %

- 2a) Darüber hinaus bietet die Klinikum Westfalen GmbH an, bis zu 80 Mitarbeiter (Vollkräfte) aus dem evangelischen Bethanien-Krankenhaus in Hörde zu übernehmen, indem neue Arbeitsverträge für die entsprechenden Mitarbeiter angeboten werden.
- 2b) Übernahme der gegenüber der Gesellschafterin Stiftung Volmarstein bestehenden Verbindlichkeiten bis zu einer Höhe von 5 Mio. € und Übernahme bestehender Bankdarlehen bis zu einer Höhe von 2 Mio. € durch die Klinikum Westfalen GmbH.
- 2c) Zustimmung der zuständigen Feuerwehr zu einem mit dieser abgestimmten, kurzfristigen Brandschutzkonzept für den Standort Lütgendortmund vor Fusionsbeginn. Hierbei wird das Risiko bzgl. der Kosten für kurzfristige Brandschutzmaßnahmen durch die Klinikum Westfalen GmbH auf 1 Mio. € begrenzt. Darüber hinaus gehende Beträge sind durch die Stiftung Volmarstein zu finanzieren.
- 2d) Die Klinikum Westfalen GmbH wird ermächtigt, zu einem Budget von rd. 1,5 Mio. € Teile des Krankenhausgeländes Lütgendortmund von der Evangelischen Kirche in Dortmund zu kaufen und den anderen Teil an die Evangelische Kirche zurückzugeben.
- 3) Die Fusion erfolgt unter dem Vorbehalt des Zäsurmodells der „Partiellen Beteiligung“ in der KZVK

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 10.  
088/2014

Feststellung Jahresabschluss 2013

Der Bürgermeister hat sich gem. § 96 Abs. 1 Satz 4 GO NRW an der Beschlussfassung nicht beteiligt.

**Beschluss:**

1. Der Jahresabschluss 2013 wird einschließlich des Lageberichtes festgestellt.
2. Der Jahresfehlbetrag 2013 in Höhe von 10.755.911,60 Euro wird durch eine Entnahme in Höhe von 10.755.911,60 Euro aus der Allgemeinen Rücklage ausgeglichen.
3. Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2013 uneingeschränkt Entlastung erteilt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 11.  
082/2014

Jahresabschluss der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH zum  
31.12.2013

Herr **Krause** stellte fest, dass das vorgegebene Ziel im Wirtschaftsplan nicht erreicht werden konnte. Er war der Meinung, dass der Fehlbetrag des Jahresabschlusses der KGB in dieser Höhe letztmalig beschlossen werde. Er gehe davon aus, dass die Maßnahmen zur Reduzierung des Fehlbetrages schon im nächsten Jahr deutlich sichtbar seien.

Frau **Scharrenbach** merkte an, dass die Materialaufwendungen um 57.000 € gestiegen, der Umsatz aber um 1.000 € gesunken sei. Wie in den letzten Jahren auch würden die Margen nicht passen. Die Einsparungen aus dem Haushalts sicherungskonzept in Höhe von 20.000 € seien, wie auch die Jahre davor, nicht erreicht worden. Die Analyse der Kosten und Erlöse müsse zwingend erweitert und eine Kostenbeitragsrechnung erstellt werden. Sie wünsche sich auch mehr Transparenz im Produktplan, da durch die Abschaffung des Aufsichtsrates ein Kontrollorgan abgeschafft worden sei. Der Jahresabschluss sei ein desolates Ergebnis und die CDU-Fraktion werde gegen die Beschlussvorlage stimmen.

Frau **Schaumann** sprach sich im Namen der FW/FDP-Fraktion gegen den Beschlussvorschlag aus. Die Gegenüberstellung der Materialkosten und des Umsatzes seien sehr auffällig. Der hohe Fehlbetrag sei nicht weiter tragbar, Einsparungen nicht erkennbar und das Produkt KBG sei weiterhin intransparent.

Herr **Grosch** verwies auf die Ausführungen von Frau Scharrenbach und Frau Schaumann. Er ergänzte für seine Fraktion, dass das Jahresergebnis nicht zufriedenstellend sei. Die Umstrukturierung bringe keine Klarheit, sie sei eher eine Vermischung der Finanzen. Seit vielen Jahren gebe es einen Fehlbetrag der KBG. Er kritisierte den Teil „Chancen/Ausblick“, dieser sei nichtssagend und es fehle an zielführenden Konzepten. Die Linke/GAL-Fraktion werde den Beschlussvorschlag ablehnen.

### **Beschluss:**

Die Vertreter der Stadt Kamen werden beauftragt, in der Gesellschafterversammlung wie nachstehend aufgeführt abzustimmen:

1. Der Jahresabschluss der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH zum 31.12.2013 wird in der vorgelegten Form festgestellt.
2. Der Lagebericht wird genehmigt.
3. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 495.121,59 € wird von der Stadt Kamen ausgeglichen.

**Abstimmungsergebnis:** bei 15 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 12.  
083/2014

Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der  
Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2013

Der Bürgermeister übergab die Sitzungsleitung an Herrn Wiedemann.

Die nachstehenden Mitglieder des Rates haben gem. § 31 Gemeindeordnung NRW an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen:

Thomas Blaschke, Britta Dreher, Rainer Fuhrmann, Rosemarie Gerdes, Petra Hartig, Hans-Dieter Heidenreich, Hermann Hupe, Renate Jung, Wilhelm Kemna, Annette Mann, Ursula Müller.

### **Beschluss:**

Die Vertreter der Stadt Kamen werden beauftragt, in der Gesellschafterversammlung wie nachstehend aufgeführt abzustimmen:

1. Dem Aufsichtsrat der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH wird gem. § 12 Nr. 3b des Gesellschaftsvertrages a. F. Entlastung erteilt.
2. Der Geschäftsführung der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH wird gem. § 11 Abs. 1 d Gesellschaftsvertrag Entlastung erteilt.

**Abstimmungsergebnis:** bei 2 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen mehrheitlich angenommen

Herr Wiedemann übergab die Sitzungsleitung zurück an den Bürgermeister.

Zu TOP 13.  
104/2014

Jahresabschluss der TECHNOPARK KAMEN GmbH zum 31.12.2013

Herr **Heidler** dankte Herrn Ebbers und den Mitarbeitern der Technopark Kamen GmbH für das gute Jahresergebnis. Der Fehlbetrag sei geringer als in der Jahresplanung vorgesehen. Er hob hervor, dass im Jahresergebnis höhere Umsatzerlöse erzielt worden seien.

Frau **Middendorf** wies darauf hin, dass die Kennzahlen einen stetigen Verlauf nach oben zeigten. Sie lobte Herrn Ebbers aufgrund seiner präzisen Einschätzungen zur Vermarktungssituation und der Berechnung der Wirtschaftspläne. Sie dankte allen Mitarbeitern des Technoparks und wünschte eine weiterhin positive Entwicklung.

### **Beschluss:**

Der Vertreter der Stadt Kamen wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung wie nachstehend aufgeführt abzustimmen:

1. Der Jahresabschluss der TECHNOPARK KAMEN GmbH zum 31.12.2013 wird in der vorgelegten Form festgestellt.
2. Der Lagebericht wird genehmigt.
3. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 243.814,42 € ist durch die Stadt Kamen ausgeglichen worden.

**Abstimmungsergebnis:** bei 3 Enthaltungen einstimmig angenommen

Zu TOP 14.  
105/2014

Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der TECHNOPARK KAMEN GmbH für das Geschäftsjahr 2013

Der Bürgermeister übergab die Sitzungsleitung an Herrn Wiedemann.

Die nachstehenden Mitglieder des Rates haben gem. § 31 Gemeindeordnung NRW an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen:

Hermann Hupe, Britta Dreher, Daniel Heidler, Ursula Müller, Susanne Middendorf, Ralf Eisenhardt, Dirk Ebbinghaus, Lana Schnack, Nicola Zühlke

### **Beschluss:**

Der Vertreter der Stadt Kamen wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung wie nachstehend aufgeführt abzustimmen:

Dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung der TECHNOPARK KAMEN GmbH werden gem. § 13 Abs. 2 a des Gesellschaftsvertrages Entlastung erteilt.

**Abstimmungsergebnis:** bei 3 Enthaltungen einstimmig angenommen

Herr Wiedemann übergab die Sitzungsleitung zurück an den Bürgermeister.

Zu TOP 15.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Es lagen keine Mitteilungen und Anfragen vor.

**B. Nichtöffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Es lagen keine Mitteilungen und Anfragen vor.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

keine

gez. Hermann Hupe  
Bürgermeister

gez. Ingelore Peppmeier  
Schriftführerin